



HAUPTVERBAND DER DEUTSCHEN HOLZINDUSTRIE

An den
Vorstand der IG Metall
z.H. Herrn Jörg Hofmann
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt

04.09.2023

Standortsicherung als gemeinsame Aufgabe der Sozialpartner

Sehr geehrter Herr Hofmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Juli und August weiter deutlich verschlechtert, vor allem in der Industrie. Angesichts der weiterhin hohen Inflation und einer zu erwartenden Rezession in diesem und dem kommenden Jahr liegen das Verbrauchervertrauen und Konsumklima immer noch auf einem niedrigen Niveau.

Die gesamte Wirtschaft erleidet derzeit deutliche Auftragseinbrüche und Umsatzrückgänge. So verzeichnete die Holzindustrie in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres Umsatzeinbrüche von mehr als acht Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In der Kunststoffindustrie sank der Umsatz sogar um mehr als neun Prozent. Preise für Energie, Rohstoffe und Vorprodukte der Holz- und Kunststoffindustrie verharren auf hohem Niveau.

Insbesondere die Möbelindustrie befürchtet einen deutlichen Umsatzrückgang im kommenden Jahr. Damit einhergehend ist ein Anstieg der Kurzarbeitergeldanträge um 35 Prozent zu verzeichnen. Von den restlichen Unternehmen planen weitere 35 Prozent noch in diesem Kalenderjahr einen Antrag auf Kurzarbeitergeld zu stellen. 25 Prozent der Unternehmen in der Möbelindustrie rechnen mit einem Personalabbau noch in diesem Jahr.

Erheblich betroffen ist auch die Baubranche, einer der Hauptwirtschaftszweige der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie. Hier braut sich nicht nur laut Einschätzung des ifo Instituts vom 21. August ein Sturm zusammen. Steigende Baukosten und deutlich verschlechterte Finanzierungsbedingungen durch sprunghaft gestiegene Zinsen haben zu einem drastischen Einbruch der Baugenehmigungen im deutschen Wohnungsbau geführt. Die Genehmigungszahlen für Ein- und Zweifamilienhäuser gingen in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres im Vergleich zum Vorjahr um 38 Prozent, die Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser um 34 Prozent zurück. Die Stornierungen bestehender Aufträge erreichten mit mehr als 19 Prozent einen neuen Rekordwert. Für die nächsten Monate ist keine positive Entwicklung zu erwarten.

Mit konjunkturellen Schwankungen muss jedes gesunde Unternehmen umgehen können. Jedoch sind nach Pandemie, Energie- und Materialpreiskrise sowie andauerndem Fachkräftemangel die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einer derart starken Abkühlung der Konjunktur denkbar ungünstig. Gleichzeitig beschließt die Politik in Brüssel und Berlin immer neue regulatorische Anforderungen, die die Bürokratiekosten in den Unternehmen weiter steigen lassen. Die

Unternehmen und die Beschäftigung in dieser Zeit zu sichern, entwickelt sich dabei für viele Unternehmen zur größten Herausforderung.

Hinzu kommt die nach wie vor viel zu hohe Inflation von durchgängig über sechs Prozent in den vergangenen Monaten. Die Erzeugerpreise der Unternehmen liegen noch höher und sind in Summe seit 2020 um 45 Prozent auf ein Rekordniveau gestiegen. Im Sinne beherrschbarer Kosten und wirtschaftlicher Stabilität wird es eine der großen Herausforderungen sein, die Teuerung für die Unternehmen in den Griff zu bekommen.

Im Hinblick auf das gemeinsame Interesse der Sozialpartner, Unternehmen und Beschäftigung zu sichern, erhoffen wir uns von der Gewerkschaft deutlich mehr politische Unterstützung. Der von Ihnen aufgerufene Aktionstag für bezahlbaren Industriestrom adressiert einen wichtigen Standortfaktor und ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch ist in der aktuellen politischen Debatte noch unklar, ob und wie auch der Mittelstand von einem subventionierten Strompreis profitieren soll, wie auch diskutiert wird, ob nicht Steuersenkungen selektiv wirkenden Subventionen vorzuziehen sind.

Es ist unserer Ansicht nach wichtig, in dieser Breite der wirtschaftlichen Krise nicht einzelne Unternehmen oder Industriezweige zu bevorteilen. Es muss nach einer Lösung gesucht werden, die der gesamtwirtschaftlichen Herausforderung gerecht wird. Das politische Engagement der IG Metall sollte dementsprechend alle vertretenen Unternehmen und deren Beschäftigte berücksichtigen.

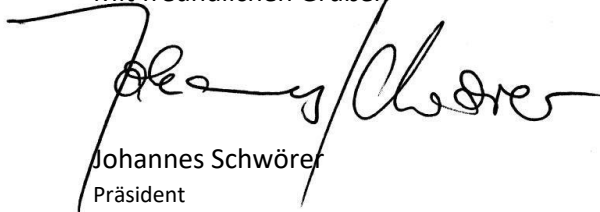
Zahlreiche Herausforderungen bedürfen einer entschiedenen Ansprache der Politik durch die Sozialpartner:

- Sicherung der Rohstoffbasis
- wettbewerbsfähige Energiekosten
- Förderung des nachhaltigen Bauens und Sanierens
- Abbau von baurechtlichen Hemmnissen und Bürokratie in allen wirtschaftlichen Bereichen
- Förderung der Transformation der Industrie bis hin zur Klimaneutralität der Betriebe
- Fachkräftesicherung

Die Holz und Kunststoffe verarbeitende Industrie steht zum Standort Deutschland. Vor dem Hintergrund der besorgniserregenden wirtschaftlichen Entwicklungen ist es dringend geboten, dass sich auch die IG Metall bei der Politik stärker für die Interessen der insgesamt vertretenen Branchen einsetzt.

Für diesbezügliche Gespräche und gemeinsame Aktionen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Schwörer
Präsident